

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Roland Claus, Dr. Dagmar Enkelmann, Katrin Kunert und der Fraktion DIE LINKE.

Die Tafeln und ihre Bedeutung im sozialen Gefüge

Die Initiative der Tafeln in der Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine starke Erweiterung erfahren. Diese „Erfolgsgeschichte“ hat jedoch einen sozial bedenklichen Beigeschmack. Deutet dies doch darauf hin, dass immer mehr Menschen in der Bundesrepublik Deutschland auf Hilfe angewiesen sind, um nicht Hunger leiden zu müssen.

Der Bundesverband der Tafeln hat in einer umfassenden Umfrage im Frühjahr 2007 die Situation der Tafel-Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland untersucht und dabei eine steigende Tendenz der Nachfrage durch die Bevölkerung ermittelt. Konkret gibt diese Umfrage folgende Befunde an:

In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der Bedürftigen um etwa 40 Prozent angestiegen. Derzeit werden bundesweit etwa 700 000 Menschen versorgt, davon sind ca. 86 000 Rentner und etwa ein Viertel Kinder. Bei den verteilten Mitteln ist zwar ein Zuwachs von 100 000 t auf 120 000 t zu verzeichnen, was jedoch aufgrund der gestiegenen Nachfrage Bedürftiger einen Rückgang für die ausgegebene Menge an einzelne Tafel-Kunden bedeutet. 200 000 Menschen mehr könnten zusätzlich versorgt werden, wenn mehr Waren zur Verfügung stünden. Bis November 2007 ist die Zahl der angemeldeten Tafeln auf 749 angestiegen. Bei Besuchen mehrerer Tafeln in Sachsen-Anhalt, wie z. B. in Quedlinburg und Magdeburg wurde diese Tendenz von den dortigen Mitarbeitern und Helfern bestätigt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Studie des Bundesverbandes der Tafeln e. V. und ihren Ergebnissen, und teilt sie diese Einschätzung?
Wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen dieser Studie?
2. Gibt es von Seiten der Bundesregierung eine ähnliche Erhebung, und wenn ja, kommt sie zu den gleichen Ergebnissen?
Wenn nein, gibt es Pläne, die Entwicklung entsprechend bundesweit auch von Seiten der Bundesregierung statistisch zu erfassen?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der offenbare Bedeutungsgewinn der Tafeln als Seismograph der sozialen Entwicklung und der Auswirkungen von „Hartz IV“ gelten kann, und welche Schlussfolgerungen für sozialpolitische Maßnahmen zieht sie daraus?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die zunehmenden Schwierigkeiten der Tafeln, den nötigen Umfang an Waren zu bekommen und zur Verfügung zu stellen?

5. Liegen Erkenntnisse darüber vor, ob auch die Einführung der EU-Richtlinie zur Rückverfolgung von Lebensmitteln ein Faktor für die Schwierigkeiten der Beschaffung von Lebensmitteln durch die Tafeln darstellt?
6. Wie schätzt die Bundesregierung die Praktikabilität der Vereinbarung mit den Tafeln zur Ausführung der EU-Verordnung durch einen vereinfachten Lieferschein ein?
7. Ist der Bundesregierung bekannt, ob trotz dieser Vereinbarung den Tafeln Schwierigkeiten bei der Dokumentation und Archivierung entstehen, die somit die Arbeit behindern?
8. Wie steht die Bundesregierung zu der Idee, die Tafeln durch die Einrichtung von Stellen im so genannten Öffentlichen Beschäftigungssektor zu unterstützen, um so hauptamtliche Mitarbeiter einzustellen, die den durch Verwaltungsarbeit und Dokumentation entstandenen Mehraufwand der Tafeln schultern könnten?

Berlin, den 11. Januar 2008

Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion